

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 2. September 2019 / Lundi après-midi, 2 septembre 2019

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

9 2019.RRGR.84 Motion 066-2019 SVP (Amstutz, Sigriswil)
Kein EU-Rahmenabkommen
Richtlinienmotion

9 2019.RRGR.84 Motion 066-2019 UDC (Amstutz, Sigriswil)
Pas d'accord-cadre avec l'UE
Motion ayant valeur de directive

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 9, einer weiteren Richtlinienmotion. Ich gebe der Motionärin, Madeleine Amstutz, das Wort.

Madeleine Amstutz, Sigriswil (SVP). Mit dieser Motion will die SVP-Fraktion, dass der Regierungsrat sich auf Bundesebene einsetzt, damit die Schweiz kein Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) abschliesst. Wer die Medien verfolgt, hört etwa, es sei ruhig um den Rahmenvertrag und kein Thema. Weshalb ist es jetzt kein Thema? – Jetzt, vor den Wahlen, wollen sich viele Parteien nicht dazu äussern oder auch nicht sagen, dass sie dafür sind. Das Rahmenabkommen und das EU-Recht bringen uns viele Nachteile. Es gibt viele Leute, die keinen schrittweisen EU-Beitritt wollen. Die SVP ist nach den Wahlen vermutlich wieder die einzige Partei, die sich für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Schweiz einsetzt. Viele Frauen setzten sich am Frauenstreiktag für höhere Löhne für Frauen ein. Oft sind es denn auch dieselben Frauen, die EU-Recht übernehmen wollen und damit tiefere Löhne. Die Massnahmen betreffend den Lohnschutz sind im Rahmenvertrag nicht akzeptabel. Wir wollen, dass bei uns in der Schweiz das Volk, die Kantone und die Parlamente die Gesetze machen und dass wir weiterhin mitbestimmen können.

Das EU-Rahmenabkommen hat auch Folgen für die Kantone. Es will bloss niemand darüber sprechen. Der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Benedikt Würth, hat die Risiken aufgezählt. Das Abkommen will beispielsweise staatliche Beihilfen in der Schweiz verbieten oder Einschränkungen machen. Das heisst, auch die Kantonalbanken sollen keine Staatsgarantien mehr haben dürfen, oder im Bereich der Beteiligungen des Staats an Spitälern, an Energieversorgern, Gebäudeversicherungen oder an anderen Institutionen gäbe es Einschränkungen und Verbote. Die kantonale Steuersouveränität würde auch begraben. Es gibt ganz viele Punkte, die auch die Kantonspolitik betreffen, weshalb wir die Unabhängigkeit und Freiheit auch im Kanton nicht abgeben dürfen.

Die Auswirkungen sind noch gar nicht bekannt. Deshalb ist auch die Antwort der Staatskanzlei unverständlich und zum Teil auch widersprüchlich. Das Abkommen sei grundsätzlich im Interesse des Kantons. Schon in einem nächsten Satz steht, dass es Anpassungen brauche. Wenig danach steht, ich zitiere: «Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht abschätzbar, wie die Kantone allgemein und der Kanton Bern im Speziellen davon tangiert würden. Der Bundesrat ...» (*Das Mikrofon wird infolge einer technischen Panne kurz aus- und gleich wieder eingeschaltet. / Suite à une panne technique, le micro est brièvement éteint, puis rallumé.*) «... muss die Betroffenheit der Kantone bei diesen [...] Punkten klären [...]» Die negativen Auswirkungen betreffen also den Kanton, die Gemeinden und auch die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bitte ich darum, diese Motion anzunehmen, damit sich die Regierung einsetzt, damit es kein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU gibt.

Präsident. Entschuldigen Sie, Frau Amstutz, ich habe mit meinen Wurstfingern den falschen Knopf gedrückt. Das Rednerpult ist frei für Fraktionssprechende; zuerst Roland Näf für die SP-JUSO-PSA-Fraktion. Wir befinden uns in einer reduzierten Debatte.

Roland Näf, Bern (SP). Wir alle wissen, dass nächstens die Nationalratswahlen stattfinden. Es ist mir natürlich auch bewusst, dass einige von uns hier drin vielleicht lieber im Bundeshaus wären als im Rathaus. Ich glaube, wir müssen gleichwohl etwas aufpassen, dass wir die beiden Dinge nicht verwechseln. Darum geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es geht um die Beziehungen zur EU,

es geht dort schliesslich um den bilateralen Weg, um das Rahmenabkommen, wie die Motionäre richtig schreiben. Ich glaube, schlussendlich wird aber in dieser Frage ganz klar das Volk abstimmen. Wenn wir schauen, was der Bundesrat gemacht hat – es ist das Konsultationsverfahren –, dann tut es mir leid: In diesem Konsultationsverfahren sind beispielsweise die Parteien sozusagen Vernehmlassungspartnerinnen und -partner, die Sozialpartner, und dabei sind auch die Wirtschaft und die Wissenschaft. Entschuldigen Sie, aber der Grosse Rat des Kantons Bern, so gut er auch immer ist, ist kein Konsultationspartner.

Wenn man sieht, wie sich der Regierungsrat bereits in der KdK eingebracht hat ... Ich glaube, entsprechend der Komplexität des Rahmenabkommens, das heisst des bilateralen Wegs, sind in erster Linie viele Fragen aufgetaucht. Dies ist denn der Grund, weshalb der Bundesrat die Konsultation dazu überhaupt durchführte. Wenn wir sehen, welche Fragen überhaupt geklärt werden müssen, dann gibt es hier im Rat, auch bei uns, nicht nur im Bundeshaus, sehr viele Fragen, die für alle Parteien wichtig sind, und die zuerst geklärt werden sollen. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dies ganz bestimmt nicht etwas, das wir hier drin diskutieren müssen. Ich hoffe für Sie alle, dass Sie im Oktober ins Bundeshaus kommen. Dann wären wir auch am richtigen Ort, um eine solche Motion zu diskutieren.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Ich spreche im Namen der EVP-Fraktion zugleich zu den Traktanden 9, 10 und 11. Ich nehme es vorweg: Die EVP-Fraktion lehnt alle drei Geschäfte ab. Wie kommen wir jetzt auf die Idee, diese Geschäfte miteinander zu verbinden? – Wir sind der Überzeugung, dass der Kern von allen drei Geschäften genau derselbe ist. Es geht nämlich darum, dass zwei Grossratskolleginnen und zwei Grossratskollegen hier ihren Wahlkampf mit uns teilen wollen. Das ist grundsätzlich nicht daneben, das kann man so machen. Wenn man dies tut, muss man doch einfach berücksichtigen, dass man damit Verwaltungsaufwand generiert; man belastet die Traktandenliste, man belastet den Zeitplan. Kurz zusammengefasst heisst das: Man baut eine entsprechende Bürokratie auf. Ich schenke *(Der Redner zeigt dem Rat einen Kugelschreiber. / L'orateur montre un stylo-bille à l'assemblée.)* diesen vier Kolleginnen und Kollegen einen goldenen Kugelschreiber, den sie in ihren Büros zur Hand nehmen können, damit sie sich, das nächste Mal, wenn sie der Wahleifer packt, überlegen, ob es sich wirklich lohnt, das entsprechende Stück Bürokratie ins Leben zu rufen, für das, was sie erreichen wollen. Zieht der Kanton Bern wirklich einen Nutzen daraus? – Wenn nicht, lassen Sie es doch gleich von vornherein bleiben! Vielen Dank. *(Der Redner überreicht den Motionärinnen und Motionären je einen Kugelschreiber. / L'orateur remet à chaque motionnaire un stylo-bille.)*

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Die FDP unterstützt diese Motion nicht, nicht wegen des Inhalts betreffend das Rahmenabkommen, ob wir nun dafür sind oder nicht, sondern eher wegen der Flughöhe. Roland Näf hat dies auch schon gesagt. Ich sage es noch so: Am 6. März wurde die Motion eingereicht. Damals wussten Sie wohl nicht, dass sie in die gleiche Session fällt wie beim Ständerat. Ich habe gerade gestern nachgesehen. Der Ständerat berät nämlich die Motion Föhn *(M 19.3746, Curia Vista)* von der SVP diese oder nächste Woche, wobei es um genau das geht. Das Motto meines Präsidialjahres, «schneller als man denkt», würde hier nicht passen, wenn man den Regierungsrat irgendwie während oder nach dieser Session des Ständerates verpflichtete, er solle auf nationaler Ebene einwirken, damit es nicht unterzeichnet wird. Wie gesagt, wir sehen es auch so, dass es ein nationales Thema ist. Deshalb unterstützen wir diese Motion nicht. Danke.

Vania Kohli, Bern (BDP). Ich möchte zuerst gleich festhalten, dass es uns neu ist, dass Herr Köppel nun auch noch Vorstösse für den Kanton Bern redigiert. *(Heiterkeit / Hilarité)* Kurz und bündig: Der Regierungsrat hat seine Einflussmöglichkeiten klar ausgeschöpft und ebenso klar oder noch klarer dargelegt. Er hat sich gegenüber dem Bundesrat positioniert, nicht so, wie es die Motionäre wünschen, sondern viel differenzierter und weitsichtiger. Dass die BDP, die sich auch auf nationaler Ebene klar für das Rahmenabkommen einsetzt, den Antrag des Regierungsrates einstimmig unterstützt, ist für uns sonnen- oder, soll ich sagen, «sünneli»-klar, liebe SVP! Ich danke den anderen für die Aufmerksamkeit und hoffe, sie folgen uns.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich stelle ein weiteres Mal fest: Man will so kurz vor den Wahlen hier drin nicht über ein wichtiges Thema sprechen, das selbstverständlich auch den Kanton Bern betrifft. Der Vorstoss hat nicht etwa Herr Köppel geschrieben, sondern er stammt von der SVP-Fraktion, und selbstverständlich unterstützt die SVP-Fraktion diesen Vorstoss einstimmig. Dies, weil

das sogenannte Rahmenabkommen auch den Kanton Bern betrifft; es beschneidet nämlich auch unsere Autonomie. Wir müssen automatisch EU-Recht übernehmen, die EU wird in Zukunft Gesetze erlassen, und wir sollen sie auf kantonaler Ebene so übernehmen. Enthalten ist gerade auch der Lohnschutz. Dass dies ein wichtiges Thema sein wird, sollte selbstverständlich auch unsere Kollegen von der SP interessieren. Jetzt sagt man natürlich: «Man kann das Rahmenabkommen ja mit Referenden bekämpfen.» Man kann es schon mit Referenden bekämpfen, aber der EU-Gerichtshof wird schlussendlich entscheiden. Es gäbe dann Sanktionen, oder man sagt zum Beispiel auch nicht Sanktionen, sondern Ausgleichsmassnahmen. Ausgleichsmassnahmen: Wenn ich in Zukunft irgendwie eine Busse erhalte, dann ist es keine Busse mehr, sondern eine Ausgleichsmassnahme. Denken wir auch als Agrarkanton Bern an die Landwirtschaft. Das Direktzahlungssystem mit einem Verbot von staatlichen Beihilfen, welches das Rahmenabkommen mit sich brächte, brächte unserer Landwirtschaft grosse Probleme.

Dank der dezentralen Strukturen, dank der direkten Demokratie können sich Wissenschaftler, Verbände, Parteien, interessierte Bürger einbringen zu allen Gesetzen, die hier vorliegen. Genau die direkte Demokratie hat uns Wohlstand, Sicherheit und Eigenverantwortung gebracht. Denken wir noch an die Unionsbürgerrichtlinie, (*Der Präsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) welche genau zum uneingeschränkten Zugang zur Sozialhilfe führte. Dies würde die Gemeinden dann tatsächlich belasten. Deshalb hat es sehr wohl einen Zusammenhang mit dem Kanton und den Gemeinden. Deshalb stimmen ... (*Der Präsident schaltet das Mikrofon aus. / Le président coupe le micro.*)

Präsident. Wir befinden uns in einer reduzierten Debatte. Für die glp: Michael Köpfli.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Es wurde schon sehr viel Formales gesagt. Auch wir sind der Meinung, dass dies nicht die richtige Ebene ist. Es ist, so glaube ich, so, dass dieser Vorstoss in vielen Kantonen als Parlamentarische Initiative, gesteuert von der nationalen Partei, eingereicht wurde. Weil dies im Kanton Bern nicht möglich ist, haben wir halt eine solche Motion. Wir werden diesen Vorstoss ablehnen. Die Voten von Thomas Knutti und Madeleine Amstutz waren Momente, wo ich gerne eine Nachfrage gestellt hätte. Um noch etwas zu Thomas Knutti zu sagen: Ich verstecke mich nicht hinter Formalien, sondern kann sagen: Wir stehen dazu, wir wollen dieses Rahmenabkommen; wir wollen es so, wie es vorliegt, ohne Nachverhandlungen. Wir sind überzeugt, dass dies für den Wirtschafts- und Forschungsplatz Schweiz ein grosser Gewinn ist, und werden uns sehr dafür einsetzen, dass es am Schluss nicht wegen einer Anmeldefrist von 4 oder 8 Tagen von einer Allianz zwischen SP und SVP versenkt wird. Wir wollen die Schweiz nicht abschotten.

Vielleicht noch zur Nachfrage, die ich gestellt hätte: Ich würde empfehlen, vielleicht einmal beim Tourismus im Berner Oberland, bei der Gastronomie oder der Hotellerie, nachzufragen, wie es, ohne die Personenfreizügigkeit und ohne die Bilateralen, mit der Rekrutierung von Fachkräften oder Personal in der Gastronomie wäre. Sie leiden bereits extrem unter der bürokratischen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Der Wegfall der Bilateralen wäre für den Tourismusstandort Bern, aber ganz bestimmt auch für den Forschungsplatz Bern, wenn ich an die Universität denke, ein Riesenproblem. Es ist sehr im Interesse des Kantons Bern, dass wir die bilateralen Verträge auf ein neues, langfristiges Fundament stellen. Wir lehnen diesen Vorstoss klar ab.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Es gibt sicher noch viele offene Fragen zu diesem Rahmenabkommen. Man kann davon sowohl Positives als auch Negatives erwarten, auch für den Kanton Bern. Ich glaube, dies ist kein Geheimnis. Wenn man dies aber jetzt mit einer solchen Motion abschiessen will, dann ist es weder opportun, noch ist es rechtlich überhaupt möglich, weil wir als Kanton nicht in der entsprechenden Position sind. Wir haben es ja gehört: Letzte Woche torpedierte Bundesrat Maurer dieses Abkommen an der Botschafterkonferenz und desavouierte damit seine Kollegen, viele Leute aus der Verwaltung, Staatssekretäre, Verbände und so weiter, indem er dieses Abkommen bereits für tot erklärte. Damit schoss er ihnen in den Rücken. Dies ist schlechter Stil, diesem müssen wir im Kanton Bern nicht folgen. Deshalb, kurz und bündig: Die Grünen unterstützen diese Motion selbstverständlich nicht. Etwas so Populistisches können wir nicht mittragen. Deshalb empfehle ich Ihnen, dies abzulehnen.

Präsident. Gut wir kommen ... Möchte Christoph Auer noch etwas dazu sagen? – Er möchte, ich gebe ihm das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrates, diese Motion abzulehnen. Ich möchte einfach daran erinnern: Der Kanton Bern wurde vom Bundesrat nicht im Rahmen einer Vernehmlassung angefragt, zu diesem Abkommenstext Stellung zu nehmen, sondern der Bundesrat fragte nur ganz gezielt gewisse Akteure an, unter anderem die KdK, jedoch nicht die einzelnen Kantone. Der Kanton Bern nahm zuhanden der KdK Stellung und sagte, aus Sicht des Kantons Bern, sei der bilaterale Weg richtig, es brauche ein institutionelles Rahmenabkommen zwecks eines neuen Fundaments für diesen bilateralen Weg. Der Abkommenstext, wie er jetzt vorliegt, lasse aber noch zu viele Fragen offen. Sie kennen die Stichworte: flankierende Massnahmen, Unionsbürgerrichtlinie, staatliche Beihilfen. Deshalb sagte die Regierung des Kantons Bern: «Dem Abkommenstext, wie er jetzt vorliegt, kann der Kanton Bern nicht zustimmen; es braucht weitere Klärungen.» Damit ist eigentlich erfolgt, was der Kanton Bern zu diesem Bundesgeschäft tun kann und soll. Es wäre nicht richtig, wenn der Kanton Bern als einziger Kanton nachdoppelte mit einer nochmaligen Stellungnahme an den Bund. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diese Motion abzulehnen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Richtlinienmotion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.84)
Vote (Affaire 2019.RRGR.84)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 44

Nein / Non 100

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 100 Nein- gegen 44 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.